

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	490
		TOP:	6
Verhandlung		Drucksache:	679/2018
		GZ:	T
Sitzungstermin:	06.11.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	Herr Dr. Heß (AWS)		
Protokollführung:	Frau Schmidt / fr		
Betreff:	Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS) Verlagerung der Betriebsstelle Türlenstraße an die AWS-Standorte Burgholzstraße 41 u. Gingener Straße 23 - Fortgeschriebener Vorprojektbeschluss -		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 25.09.2018, nicht öffentlich, Nr. 427

Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Technischen Referats vom, GRDRs 679/2018, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem Neubau der AWS-Betriebsstellen Burgholzstraße 41 in Stuttgart Münster und Gingener Straße 23 in Stuttgart Wangen auf Grundlage der fortgeschriebenen Raumprogramme (Anlage 2), der Pläne der Architekten Birk, Heilmeier und Frenzel GmbH (Anlage 3) und der vom Hochbauamt geprüften qualifizierten Kostenschätzung (Anlage 4) mit Kosten für die Betriebsstelle Burgholzstraße in Höhe von 11,4 Mio. € und Kosten für die Betriebsstelle Gingener Straße in Höhe von 18,5 Mio. €, wird zugestimmt.
2. Der Gesamtaufwand beträgt 29,9 Mio. €. Im Wirtschaftsplan 2018/2019 des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft sind Mittel in Höhe von 20,15 Mio. € enthalten. Nicht ver-

brauchte Mittel werden in den darauffolgenden Doppelwirtschaftsplan übertragen. Die darüber hinaus erforderlichen Mittel in Höhe von 9,75 Mio. € werden in den Wirtschaftsplänen 2020/2021, 2022/2023 und ggf. 2024/2025 eingestellt.

3. Die Verwaltung wird ermächtigt, den Teilabbruch bestehender Gebäudeteile des Betriebshofes Gingener Straße durchzuführen, um mit dem Neubau unmittelbar beginnen zu können.
4. Das Hochbauamt wird ermächtigt, die weitere Planung gemäß HOAI bis Leistungsphase 5 und Teile der Leistungsphase 6 und 7 zu beauftragen. Der Einholung von Angeboten (vor Baubeschluss) wird zugestimmt.
5. Auf einen Projektbeschluss wird aufgrund der fortgeschrittenen Planung und der Eilbedürftigkeit der Baumaßnahme (siehe Begründung) verzichtet.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

BM Thürnau führt in das Thema Räumung Betriebsstelle Türlestraße und deren Verlegung an die Standorte Burgholzstraße und Gingener Straße ein. Ursprünglich sollte in der Burgholzstraße das Gebäude erhalten und mit einem Anbau versehen werden, was aber erhebliche Baukosten verursacht hätte.

Über den nun vorgesehenen Neubau berichtet Herr Dr. Heß (AWS). Er versichert, dass mit dieser Planung geringere Kosten anfielen. Beim Anbau hätten sich die Kostensteigerungen vor allem aus den Arbeitsstättenrichtlinien und den vorgeschriebenen Deckenhöhen gespeist. Zudem hätte man Personal und Fahrzeuge nicht unterbringen können. Man erstelle daher ein völlig neues Gebäude und ordne auch die Garagensituation mit dem "Münchner Modell" neu. Die Fahrzeuge stünden dann in einem großen "Carport" und könnten ohne Rückwärtsrangieren ein- und ausfahren, was zudem den in der Anwohnerschaft ungeliebten Piepston vermeide.

StRin Munk (90/GRÜNE) signalisiert Zustimmung zu dieser Maßnahme, betont aber den Lärmschutz, auf den unbedingt geachtet werden müsse. Außerdem müsse man bei dem geplanten Flachdach, wie auch für andere Standorte, PV-Anlagen mit einplanen. Dem schließt sich StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) an, der auch das Energiekonzept begrüßt. BM Thürnau kündigt diesbezüglich eine Berechnung der Kosten für einen klimaneutralen Bau an. Für den Standort Gingener Straße hinterfragt StRin Munk die Kosten für "Unvorhergesehenes"; diese seien unverhältnismäßig hoch. Darauf reagierend sagt BM Thürnau, der genannte Betrag entspreche den üblichen 1 % pro Jahr.

Zustimmung signalisieren ebenfalls die StRinnen und StRte Hill (CDU), Gröger (SPD), Conz (FDP) und Dr. Schertlen (STd), der eine realistische Einpreisung von Baupreissteigerungen fordert. Es gelinge im Zuge der Mitzeichnung nicht immer, so BM Thürnau, die prozentualen Ansätze für die Baupreissteigerungen mitaufzunehmen. Er akzeptiere dies, um zügig mit einem Projekt voranzukommen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, stellt BM Thürnau fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Schmidt / fr

Verteiler:

- I. Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (5)
AWS (2)
weg. BA AWS

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
Stadtkämmerei (2)
 4. Referat StU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
 5. BezÄ Mün, Wa
 6. GPR (2)
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR